Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VIII/2026/03210**
Datum: 07.10.2026
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Wels, Andreas
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.10.2026	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung	02.12.2026	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	03.12.2026	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	09.12.2026	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	16.12.2026	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FDP zum Einsatz KI-gestützter Systeme gegen illegale Müllablagerungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept für den möglichen Einsatz KI-gestützter Systeme gegen illegale Müllablagerungen.
Geprüft werden technische, rechtliche und datenschutzrechtliche Voraussetzungen für anlassbezogene Kamera- und Bilderkennung. Insbesondere sind dabei die Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung, des Datenschutzrechts des Landes Sachsen-Anhalt sowie gegebenenfalls weiterer einschlägiger Rechtsvorschriften zu berücksichtigen.
Die Verwaltung ermittelt geeignete Einsatzorte und -modelle und wertet Erfahrungen anderer Kommunen aus.
Die Verwaltung legt Kosten, Wirtschaftlichkeit, Einsparpotenziale sowie mögliche Einnahmen aus der Verfolgung von Verstößen dar.
Das Konzept wird dem Stadtrat zur Entscheidung über das weitere Vorgehen im 1. Quartal 2027 vorgelegt.

gez. Andreas Wels
Vorsitzender
Fraktion Hauptsache Halle & FDP

Begründung:

Illegale Müllablagerungen sind nicht nur ein Ärgernis für die Bürgerinnen und Bürger, sondern verursachen für die Stadt erhebliche Kosten und binden Personal. Wer Müll illegal ablädt, darf nicht darauf vertrauen können, dass am Ende allein die Allgemeinheit für die Beseitigung bezahlt.
Halle sollte deshalb prüfen, ob moderne Technologien dabei helfen können, Verursacher gezielter zu ermitteln und wiederkehrende Müll-Hotspots wirksamer zu kontrollieren. KI-gestützte, anlassbezogene Systeme könnten hierbei eine Ergänzung zu den bisherigen Kontrollen darstellen. Entscheidend ist, dass ein möglicher Einsatz rechtssicher, verhältnismäßig und datenschutzkonform erfolgt.
Das beantragte Konzept soll deshalb nicht nur technische Möglichkeiten untersuchen, sondern insbesondere Erfahrungen anderer Kommunen, mögliche Standorte, Kosten und Einsparpotenziale sowie die rechtlichen Voraussetzungen transparent darstellen. Auch die Frage, in welchem Umfang Kosten für Beräumung und weitere Aufwendungen gegenüber ermittelten Verursachern geltend gemacht werden können, soll betrachtet werden.
Ziel ist eine belastbare Entscheidungsgrundlage für den Stadtrat: Halle soll prüfen, ob moderne Technik dazu beitragen kann, illegale Müllablagerungen schneller aufzuklären, Verursacher stärker in Verantwortung zu nehmen und den Aufwand für die Allgemeinheit zu reduzieren.